

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

119 (23.5.1912) Erstes Blatt

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
 Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 M. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 M., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 M. vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
 Sprechstunde nur von 12-1/2-1/2 Uhr.
 Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
 Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Inseratenannahme für die nächste Nummer vorm. 1/29 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/27 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Gewerkschaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 12 Seiten.

Der Kampf um die Besitzsteuer.

Der Reichstag hat am Dienstag mit zwei verschiedenen Mehrheiten zwei Gesetzentwürfe angenommen, von denen der eine die Vorlegung einer „Besitzsteuer“, der andere die Wiedereinbringung der im Juli 1909 gefallenen Erbschaftsteuer fordert. Das heißt, er hat in der Hauptsache die Beschlüsse der Budgetkommission bestätigt, nur die von der Sozialdemokratie in der Kommission geforderte Quotifizierung wurde wieder gestrichen.

Der von allen bürgerlichen Parteien angenommene „Besitzsteuer“-Entwurf hebt den Artikel 5 der Reichsfinanzreform auf, der für den 1. April 1914 die Ermäßigung der Zuckerversteuer vorschreibt. Die Zuckerversteuer soll bis 1. Oktober 1916 in der alten Höhe belassen werden dürfen, wenn nicht zuvor eine „allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer in Kraft tritt. Der Entwurf dieser Steuer soll dem Reichstag bis zum 30. April 1913 vorgelegt werden.

Der zweite in namentlicher Abstimmung mit 184 Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberalen und Antisemiten gegen 159 Stimmen der andern angenommenen Gesetzentwurf verlangt Wiedervorlegung der Erbschaftsteuer und zwar so rechtzeitig, daß sie am 1. Januar 1913 in Kraft treten kann.

Auf den ersten Blick erscheint der zweite Gesetzentwurf nur als eine Ausführungsbestimmung zum ersten. Dort wird eine „Besitzsteuer“ gefordert, hier wird ausdrücklich gesagt, daß diese Besitzsteuer eine Erbschaftsteuer sein soll. Aber der Besitzsteuerentwurf war für die Sozialdemokratie unannehmbar, weil er die beschlossene Ermäßigung einer indirekten Steuer unter Umständen wieder rückgängig macht, dann aber auch, weil der Begriff der Besitzsteuer ganz nebelhaft und verschwommen ist. Schon die Debatte hat gezeigt, daß die Besitzsteuermehrheit sich nur auf ein leeres Wort geeinigt hatte, nicht aber auf eine positive Willensäußerung, denn während die Nationalliberalen unter einer Besitzsteuer nur eine Vermögens- oder eine Erbschaftsteuer meinen, wollen Zentrum und Rechte alles, nur gerade das nicht. Für die Nationalliberalen bedeutet somit die Einigung mit den Schwarzblauen auf die leere Besitzsteuerformel nur den ersten Schritt, mit dem sie von der Erbschaftsteuer abriden. Unter Bekämpfung ihrer platonischen Freundschaft für die Erbschaftsteuer wollen sie sich zu einem späteren Zeitpunkt — kommt Zeit, kommt Rat — mit der Rechte auf eine „Besitzsteuer“ einigen, die keine ist.

Entweder hat den Nationalliberalen allerdings der Will zum offenen Unfall gefehlt, und so ist mit ihrer unwillkürlichen Hilfe auch der Erbschaftsteuer fordernde Entwurf angenommen worden. Der Bundesrat kann dem einen oder andern dieser Entwürfe durch seine Zustimmung zur Gesetzeskraft verhelfen und für den ersten Entwurf hat ja auch der Schatzsekretär Kühn diese Zustimmung in Aussicht gestellt. Das Schicksal des zweiten Entwurfs ist einigermaßen ungewiß, es kann über ihn unter den verbündeten Regierungen möglicherweise einen harten Kampf geben.

Inzwischen steht aber noch die dritte Lesung aus, die vielleicht Ueberraschungen bringen kann. Von fortschrittlicher Seite wird möglicherweise der Versuch gemacht werden, beide Entwürfe miteinander zu verschmelzen; in dem einen Entwurf 1 hinter die Worte allgemeine, den verschiedenen Besitzformen gerecht werdende Besitzsteuer die interpretierenden Worte „Erbschafts- oder Vermögenssteuer“ gesetzt werden. Gegen einen solchen Versuch wäre aber einzuwenden, daß die Möglichkeit der weiteren Ausgestaltung der Zuckerversteuer durch ihn nicht aus der Welt geschafft wird, zweitens, daß die allgemeine Benennung „Erbschaftsteuer“ die Einführung der Deszendentensteuer, wie sie im Entwurf von 1909 vorgesehen war, noch nicht bedingt.

Die jetzt gänzlich verworrene Situation hätte sich viel einfacher gestaltet, wenn sich die Nationalliberalen nicht auf das Kompromiß mit dem schwarz-blauen Block eingehen hätten. Dann hätte die Regierung eine klare Richtung erhalten. Durch das Verhalten der Nationalliberalen wird den Gegnern der Erbschaftsteuer ein Ausweg geschaffen und die Konservativen können sich noch verlogenerweise rühmen, sie hätten für eine allgemeine Besitzsteuer gestimmt. So haben sich die Nationalliberalen aber einmal als eine „Partei der Mitte“ zwischen Zentrum und Konservativen bewährt und ein Gesetz zustande bringen geholfen, das dem Volk an Stelle der geforderten sozialpolitischen Gerechtigkeit schöne Worte gibt und

Deutsche Politik.

Ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht. Die „Kreuzzeitung“ unternimmt einen neuen Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht. Der Zweck ist kein geringerer, als zwei Millionen Industriearbeitern ihr Wahlrecht zu rauben. Das Wahlrecht soll von einem halbjährigen Aufenthalt im Wahlkreise abhängig gemacht werden. Welchen Erfolg sich die „Kreuzzeitung“ von dieser Maßregel erwartet, darüber sagt sie selbst:

Dieser Verlust würde keineswegs alle Wahlkreise gleichmäßig treffen, sondern ganz vorwiegend diejenigen mit starker sozialdemokratischer Machtstellung. Und zwar kann, sehr vorsichtig berechnet, für die der Sozialdemokratie günstigen 200 Wahlkreise reichlich 1 1/2 Millionen annehmen. Nimmt man nun, ebenfalls wieder außerordentlich vorsichtig, weiter an, daß unter diesen 1 1/2 Millionen Wählern ein Drittel bürgerlicher und zwei Drittel sozialistischer Richtung ist, so ergibt sich für diese ein Rest von 1/3 von 1/2 Million Wählern, oder für jeden der hauptsächlich für sie in Betracht kommenden Wahlkreise von 2500. Man braucht aber nur einen flüchtigen Blick in die Wahlstatistiken zu werfen, um zu erkennen, daß mehr als die Hälfte der sozialistischen Siege mit weniger als 2500 Stimmen Mehrheit erfochten worden ist.

Zur Beteiligung an diesem Vortage, der die Sozialdemokratie um die Hälfte aller Mandate bringen soll, werden die Nationalliberalen freundlichst eingeladen. Vom Zentrum wird aber gar nicht gesprochen. Hat man das schon sicher?

Die Abkommandierten. Bei der Abstimmung über das geheime, direkte Wahlverfahren im Dreiklassenhaufe fehlte nach einer Uebersicht der „Vossischen Zeitung“ neben drei Mitgliedern der fortschrittlichen Volkspartei, von denen zwei (Kändler und Beltafahn) krank sind und Dr. Criger verreist ist, ein Pole sowie 19 Nationalliberale, von denen vier während der Abstimmung im Hause waren und nicht weniger als 44 Mitglieder der Zentrumsfraktion. Unsere Angabe, daß etwa ein Drittel der Nationalliberalen und etwa die Hälfte des Zentrums fahnenflüchtig geworden sei, bestätigt sich damit. Sehr stolz sind übrigens die Konserbativen über den Sieg, den sie mit Hilfe dieser politischen Marodeure errungen haben, selber nicht. Schreibt doch selbst die „Kreuzzeitung“:

Es war auch in der Tat nur eine Zufallsmehrheit, durch die der Antrag auf Einführung der direkten und geheimen Wahl zu Fall gebracht wurde. Aber es war eine Mehrheit, genau so und zwar erheblich größer, wie die schon ein paarmal zufällig erfolgreiche „Vinsmehrheit“. Es ist also festgestellt, daß es den Antragstellern zum mindesten nicht leicht ist, für sich eine Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus zusammenzubringen, und diese Feststellung ist gegenüber dem Drängen nach einer freihetlichen Wahlreform sehr wichtig.

Was zum „mindesten nicht leicht“ ist, ist doch immerhin möglich. Wenn die Regierung, die durch die Thronrede von 1908 gebunden ist, ernstlich wollte, könnte sie eine Reform schon durchsetzen. Aber die Regierung! Diese Regierung! Sie ist ja selber von den Junkern „abkommandiert“!

Der Kampf um Koerens Erbe. Die Vertrauensleute des Zentrums im Wahlkreis Merzig-Saarlouis haben bekanntlich mit allen Mitteln gearbeitet, um die Auffstellung des christlichen Arbeitersekretärs Saueremann als Reichstagskandidat zu verhindern. Das führende Organ der rheinischen Nationalliberalen, die „Kölnische Zeitung“, ist über dieses Verfechtelieben eines Arbeiters höchlich empört; sie schreibt:

Was bei den Kandidatenschwierigkeiten des Zentrums auffällig in den Vordergrund getreten ist, das ist die eigenartige Arbeiterfreundlichkeit dieser Partei. Im benachbarten Saarbrücker Wahlkreise, wo man mit dem akademischen Kandidaten nicht ans Ziel gelangen konnte, da wurde den Gewerkschaften der Bergmann Saueremann zugehoben, in der stillen Hoffnung, mit dieser Kandidatur auch die christlich organisierten evangelischen Arbeiter zu fördern. In dem bombastischeren Kreise Saarlouis-Saarburg-Merzig braucht man den Namen einer Arbeiterkandidatur nicht, da wird die christliche Gewerkschaft abgeholfert. Herr Saueremann, dem man in Saarbrücken alle möglichen guten Eigenschaften nachrühmt, hat nun aber doch nicht die notwendigen moralischen und geistigen Qualitäten, um im Parlament den Kreis würdig zu vertreten. Die Geistlichen im Kreise Saarlouis-Saarburg-Merzig konnten den etwa 3000 Bergleuten, die im Saarbrücker Kreise ihren Arbeiterzettel haben, den Arbeiterkandidaten Saueremann, im Januar d. J. nicht warm genug als einen hervorragenden Zentrumskandidaten empfehlen, und jetzt erklären dieselben Geistlichen nach langer Meditation diesen selben Kandidaten für ungeeignet, weil er ein armer Schläder sei und nicht die erforderlichen geistigen Fähigkeiten habe, einer Wahlkreis würdig zu vertreten. Die Empörung unter den Wählern, die im Januar von der Geistlichen in den Saarbrücker Wahlkreise abkommandiert wurden,

um Saueremann durchzubringen, kann man sich leicht erklären.

In der Sache hat das nationalliberale Blatt entschieden recht, nur überieht es, daß die Nationalliberalen es nicht anders machen. — Uebrigens ist eine Arbeiterkandidatur für den Kreis doch noch zustande gekommen. Die christlich-sozialen Mader — Richtung Wumm — haben nämlich den Bergmann Strauch aus Boor (Weiffalen) als Kandidaten aufgestellt. Die Geheilten hoffen, damit den Geldjahren die Bergarbeiterstimmen abnehmen zu können.

Anklage gegen Dernburg und Genossen. Neben dem Prozeß gegen Borchardt und Reinert, dem Prozeß gegen den Vorwärts-Redakteur Genossen Wachs wegen Beleidigung des Dreiklassenhauses hat die Welt noch eine dritte Strafverhandlung zu erwarten, wie sie in keinem Lande außer in Preußen möglich ist. Nach dem „Berliner Tageblatt“ soll das Ermittlungsverfahren in der bekannten Blafataffäre bereits zu einer Anklage gegen den Staatssekretär a. D. Dernburg und seine „Mitschuldigen“ geführt haben. Das genannte Blatt schreibt darüber:

Jetzt hat nun auch noch der Staatsanwalt Anklage erhoben — wegen Aufreizung zum Rassenhaß! Den Vorstoß in dem Ausschuß Groß-Berlin, zu dem Geheimrat Muthesius, der Schöneberger Oberbürgermeister Dominicus und andere hervorragende und volksfreundlich empfindende Männer gehören, führt der Staatssekretär a. D. Dernburg, und gegen ihn und den Geschäftsführer Dr. Hegemann soll die Anklage gerichtet sein. Das alles klinge absolut ungläublich, lebten wir nicht unter einem Regime, unter dem nachher nichts mehr unmöglich ist — unter einem Regime, wo ein ganzes, mit wärmerem Empfinden und freierer Intelligenz ausgestattetes Volk nach dem bornierten Willen einiger Krauthunfer marschieren soll. Wir hoffen dringend, daß der Staatsanwalt auf seine Absicht nicht verzichten und daß es zu diesem Prozesse kommen wird.

Wir schließen uns dieser Hoffnung an. Kommt es zum Prozeß, dann werden vielleicht sogar gewisse Freisinnige aufhören, wenn von sozialdemokratischer Seite Kritik an den herrschenden tolen Zuständen geübt wird, gemeinsam mit Bethmann und Seydebrand die „beleidigten Preußen“ zu spielen.

Militär-Luftfahr-Zürjorgegesetz. Dem Reichstag ist noch unmittelbar vor Schluß das in der Budgetkommission bereits angekündigte Gesetz zugegangen, durch das den bei der Luftschiffahrt verunglückten Militärpersonen eine größere Fürsorge zuteil werden soll. Das Gesetz bestimmt:

Die Angehörigen des Reichsheeres, der kaiserlichen Marine und der kaiserlichen Schutztruppen, die in Ausübung des Luftfahrerdienstes infolge der besonderen, diesem Dienste eigentümlichen Gefahren eine Dienstbeschädigung erleiden und dadurch pensions- oder rentenberechtigt geworden sind, haben neben dem Anspruch auf Pension oder Rente Anspruch auf eine Luftdienstzulage.

Diese Luftdienstzulage ist so hoch wie die Kriegszulage, die Offiziere und Soldaten im Falle einer im Kriege erlittenen Verletzung gewährt wird. In der gleichen Weise wird auch die Rente der Hinterbliebenen bemessen.

Ein stammer deutscher Junge. Für den 9. und 10. Mai hatte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nach Berlin eine Sitzung seines Gesamtausschusses zusammenberufen, über die jetzt in der Korrespondenz des Reichsverbandes (Nr. 31 vom 14. Mai) ein ausführlicher Bericht vorliegt. Besonders hübsch ist an diesem Bericht das von dem stattam bekannnen Herrn Franz Ludwig verfaßte Begrüßungs„gedicht“, das dieser Herr zur Feier des 8. Geburtstages des Reichsverbandes beigezeichnet hatte. Die Schlusßstrophe dieses Poems lautet:

„Geburtsstagskind, oft totgefagt,
 Von Feindes Lasterzunge,
 Du lebst noch frisch und unverzagt,
 Ein stammer deutscher Junge!
 Erstarkte, wachse, wiele fort,
 Und setze dich zur Wehre,
 Sei immerdar ein fester Hort
 Im Kampf für Deutschlands Ehre.“

Zu der Jubelstimmung, die sich in dem sogenannten „Gedicht“ ausdrückt, steht der dann unmittelbar folgende politische Jahresbericht, den der freikonservative Landtagsabgeordnete v. Dirksen erstattete, in einem schreienden Widerspruch. Dieser Bericht läßt sich am besten durch das eine Wort „Kasernen“ charakterisieren. Trozdem der Reichsverband es sonst im letzten Jahre an eifrigster Agitation nicht fehlen ließ, muß Herr v. Dirksen kleinlaut gestehen, daß den „Ercheinungen“ des letzten Wahlkampfes gegenüber „die Arbeit des Reichsverbandes so gut wie machtlos“ war und er fährt fort: „Es ist schwer, der Verführung nicht zu unterliegen, die Plünte ins

...kuch & C...
 eingetroffen...
 te neue...
 ges-...
 heringe...
 12 Pfg...
 neue...
 er-Malta-...
 rioseln...
 40 Pfg...
 Holländer...
 angen-...
 urken...
 u. 35 Pfg...
 kuch & C...
 n. b. H...
 bekannnt...
 aufstehen...
 neu, echt...
 Baum mit...
 teil, auf...
 180 M...
 neu, mit...
 teil, auf...
 140 M...
 teiten auf...
 70 M...
 re Seiten...
 billige...
 20 M...
 Pfl...
 Chiffoniere...
 1 Sch...
 mode, Pa...
 Mamor, w...
 sche und...
 Stühle...
 schormoden...
 und Spiegel...
 Spiegel...
 verkaufen...
 70...
 n, Rudolfstr. 12

Horn zu werfen... Das Ergebnis des Wahlkampfes ist das Gegenteil von dem, was der Reichsverband erstrebt hat. ... Oft genug schreiben treue Freunde, daß sie an der Arbeit des Reichsverbandes verzweifeln und infolge dessen rund und nett ihren Austritt erklären. ... Einige Freunde... haben uns geraten, die Arbeit aufzugeben, da bei einer so energielosen Regierung die Arbeit doch nicht helfe. ... Und so fort mit Grazie! Aber trotz alledem will der Reichsverband „nach wie vor zum Angriff blasen, das Bajonett in die Hand nehmen und weiter gegen den Feind stürmen“. Dieser Feind soll in Zukunft außer der Sozialdemokratie auch die freisinnige Volkspartei sein, die der gute Reichsverband völlig ungerechtfertigterweise „nicht mehr als bürgerliche Partei“ anzuerkennen erklärt.

Wir unsererseits wünschen dem „strammen deutschen Jungen“ noch viele solche Jahre, wie er soeben eines hinter sich hat.

Badische Politik.

Eine Pharisäer-Komödie der „Bad. Landeszeitung“.

Wie sehr die Rede unseres Genossen Scheidemann bei dem Etat des Reichskanzlers über die Vorgänge und tatsächlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen und in Preußen den Kern der Dinge bloßgelegt hat, das zeigt am deutlichsten das Wutgeheul, das die gesamte bürgerliche Presse und im besonderen die „Bad. Landeszeitung“ über seine Rede jetzt noch fortgesetzt anstimmt. Der Artikel ist als Redaktionsarbeit gekennzeichnet und gibt der „Karlsruher Zeitung“ Veranlassung zu wahren Wurzelbäumen. Am Schlusse des betreffenden Artikels schreibt die „Landeszeitung“:

„Eine Schamlosigkeit war auch die die Debatte einleitende Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann und es wäre nur zu wünschen gewesen, daß der Präsident des Reichstags etwas schneller, als es geschehen ist, gegen den Vizepräsidenten a. D. eingeschritten wäre. Wenn die Sozialdemokraten so fortfahren, so werden sie selbst dafür sorgen, daß nicht wieder 110 ihrer Gesinnungsgenossen in den Reichstag hineinkommen. Denn ebenso wie die Unübersichtlichkeit der elsässischen Französischen das deutsche Volk mit steigender Erbitterung erfüllt, so empört auch die Untergrabung des parlamentarischen Anstandes durch die Sozialdemokratie einen jeden, der noch zwischen einem Parlament und einer Kasse einen Unterschied zu machen weiß.“

Es muß hier hervorgehoben werden, daß die „Landeszeitung“ zum Zwecke der Kriecherei nach oben das Weien der Scheidemannschen Rede auf das unerschämteste unübt. Daß Scheidemann mit einer brennenden Kritik der preussischen Zustände nicht das werktätige Volk Preußens und alle, die Preußen in der Kultur und in der Politik vorwärts bringen wollen, gemeint hat, ist über jeden Zweifel erhaben und springt aus der ganzen sozialdemokratischen Auffassung von den Fundamenten eines Staatswesens so deutlich hervor, daß eben nur Lüge, Verleumdung und Agitationschwundel anderes in die Welt setzen können. Wenn nun gar die „Landeszeitung“ von „Schamlosigkeit“, spricht, so nimmt sie diese Waffe aus dem zentrierten Lügenarsenal. Wir können feststellen, daß diejenigen Stellen der Scheidemannschen Rede, über die dieses Gelächter am meisten herfällt, von der Scharfmacher- und Zentrums-Presse selber früher bei den ihnen lassenden Gelegenheiten auch in der Form weit übertrumpft worden sind. Man braucht gar nicht an die Artikel der „Kreuzzeitung“ gegen Bismarck aus den siebziger Jahren zu erinnern, man braucht nicht an die Artikel der katholischen Presse während des Kulturkampfes zu denken, man braucht auch jetzt gar nicht einmal an die blödsinnige Umkämpfung des deutschen Kaisers durch die „Post“ im Hochsommer des letzten Jahres zu denken, — man braucht nur festzustellen, daß z. B. die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ des Herrn Giesberts wiederholt davon gesprochen hat, man müsse sich schämen, ein Preuze zu sein und man braucht nur immer wieder an das Wort des Abg. Giesberts selbst am 26. November 1906 im Reichstage zu erinnern, wo er bei der Beratung des Gesetzes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wörtlich erklärte:

„Ich muß offen gestehen, auch der Gesetzentwurf in seiner Verfassung, wie Herr Justizrat Trimborn das schon angedeutet hat, verrät ganz entschieden ein großes Stück preussischen Polizeibureaokratismus. Allmählich kommt das so weit, daß man sich schließlich schämt, draußen in der Welt sich als Preuze zu bekennen. (Stürmischer anhaltender Beifall links.)“

Und Herr Giesberts fährt dann fort, was gerade bei der gegenwärtigen Diskussion über Elsaß-Lothringen doppelte Beziehung hat: „Wir Rheinländer verwahren uns schon lange dagegen, Preußen in diesem Sinne zu sein.“

Aus diesem Worte Giesberts wie aus den geraden Artikeln der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ und auch aus der früheren Opposition des Zentrums gegen Preußen spricht nur dasselbe, was Scheidemann jetzt ein wenig stärker unterstrichen hat: daß jeder volksfreundliche, vorwärtsschreitende Politiker jede Gemeinschaft mit dem Regierungssystem, dem „Polizeibureaokratismus“ und der Junkerreaktion Preußens auf das energischste ablehnen muß.

Schließlich ist es für die ganze Situation, in der Scheidemann seine Rede hielt und für die Verposität, in die besonders auch der senile Präsident geriet, nicht unwichtig festzustellen, daß Herr Kämpf in dem amtlichen gedruckten Stenogramm von den vielen unberechtigten Ordnungsrufen gegen Scheidemann wenigstens den einen gefürchteten hat, wo Scheidemann ein konservatives Blatt zitierte, das den Abg. Bassermann den „Petroleur von Mannheim“ genannt hatte. Es ist also dem Gen. Scheidemann wenigstens die Ironie des Schicksals erpart geblieben, für die Ordnungswidrigkeit eines konservativen Blattes büßen zu müssen. — So wird es auch mit dem ganzen Gezeiter der Pharisäer geben. Die Zeitgeschichte wird auch ihre Lügen streichen und die Wahrheit wird bestehen bleiben und der Sozialdemokratie wie immer allein zum Vorteil gereichen.

Einen Rechtfertigungsversuch des Pfarrers Sälzler

unternimmt das Ettlinger Geblättchen, indem es einen ausführlichen Bericht über die Abjurationsfeier bringt, die die Anhänger der kathol. Arbeiter- und Männerverein, Kirchengemeinde, Bürgermeister, 2 Gemeinderäte und „fast“ gesamten Lehrerschaft, dieser Tage veranstaltete. Dabei wurden von den betreffenden Dorfgrößen natürlich auch Reden gehalten und darüber heißt es im Geblättchen-Bericht: „Sämtliche Reden durchzog ein dunkler Faden, der aber in der Rede des Herrn Oberlehrers Schöer am stärksten zum Ausdruck kam, und dieser Faden ist das „Betragen mancher Schulkinder“. Dann heißt es nach einer gebührenden Beweihräucherung der „Verdienste“ des Herrn Sälzler:

„Ebenso ist es Herrn Pfarrerverweiser Sälzler gelungen, das religiöse Bewußtsein zu wecken, was die feste Zunahme des Sakramentenempfanges beweist; aber leider Gottes finden die Lehrer und besonders die Religionslehrer nicht die so nötige Unterstützung seitens dieser Eltern, um in der Schule ebenfalls einen Fortschritt zu erzielen. In manche Eltern arbeiten geradezu entgegen, und nur mit außerordentlichen Mitteln kann Besserung erzielt werden, gewöhnliche Mittel helfen nicht mehr.“

Wir würden uns mit der Angelegenheit nicht nochmals befassen, wenn nicht der Geblättchen-Artikel dem „Volksfreund“, „gemeinsame Rohheit und Verkommenheit“ zum Vorwurf machen würde. Die übergroße Mehrheit der Mörcher Bevölkerung ist demgegenüber der Meinung, daß sich der „Volksfreund“ um Veröffentlichung und Befestigung der bisherigen Zustände in Mörich ein Verdienst erworben hat. Dabei muß gesagt werden, daß diejenigen Lehrer, die in dieser Weise die Sälzlerische Pädagogik noch verteidigen, doch eine mehr als eigentümliche Rolle spielen. Die Eltern werden sich doch gegen solche brutale Mißhandlung ihrer Kinder noch wehren dürfen. Dazu haben sie ihre Kinder nicht groß gezogen und schicken sie nicht in die Schule, daß sie im Religionsunterricht zum Deppen geprügelt werden. Die Eltern verbitten es sich, daß man jetzt die Sache so hinzustellen sucht,

als ob dieselben der eigentlichen Erziehungsarbeit der Schule bewußt entgegenarbeiten und sozusagen schuld sind, daß Herr Sälzler jetzt für seine „Pädagogik“ Geld bezahlen soll.

Die ganze Abjurationskomödie ist zu durchsichtig, als daß man befürchten müßte, daß sie nicht in Mörich gebührend eingeschätzt wird. Die ganze ultramontane Dickköpfigkeit hat sich in Mörich in Sachen Sälzler einen Namen gemacht, der ihr gebührt und das Ettlinger Geblättchen hätte alle Veranlassung, zu schweigen. Es hat sich wahrlich schon genug blamiert.

Herr Dr. Gaas als Kritikus der Sozialdemokratie.

Der fortschrittliche Abgeordnete unseres Wahlkreises Herr Dr. Gaas, fühlt sich berufen, die Sozialdemokratie anlässlich der jüngsten Vorgänge im Reichstage zu schmätern. Er behauptete auf dem fortschrittlichen Parteitag in Baden-Baden, die Sozialdemokratie bewege sich in „schiefen und kleinlichen Anschauungen“ und in „nationalen“ Dingen arbeite sie mit „Praxen“, wogegen die liberale Haltung „klar und deutlich“ sei. Und bezüglich des Falles Scheidemann meinte er, der letzte Feindtag sei „eine verlorene Schlacht für die deutsche Sozialdemokratie“ gewesen und warum? „Infolge der Unklarheit und Ungeklärtheit des Abg. Scheidemann“.

Wir werden mit Herrn Dr. Gaas keine Disputation anfangen über unsere Auffassung der „nationalen“ Fragen und die „Ungeklärtheit“ des Gen. Scheidemann. Es würde dabei ebenjoviel herauskommen, wie bei der Disputation weiland Dr. Ed mit Dr. Martin Luther, nämlich nichts. Wer sich so berrannt hat in „nationalen“ Dingen wie Herr Dr. Gaas und mit seiner „Nationalität“ auf dieser schiefen Ebene angelangt ist, mit dem sind wir fertig. Was wir zum Falle Scheidemann zu sagen haben, haben wir bereits an anderer Stelle gesagt über die „Pharisäer-Komödie der „Bad. Landeszeitung“, auf deren Standpunkt sich zu stellen Herr Dr. Gaas für angebracht hält. Sehr richtig hat der Abgeordnete Benedey die Situation erfasst, indem er sich in Gegenüber zu Gaas'schen „Nationalität“ stellt, indem er die Begründung seiner Resolution darauf hinweist, daß man es begreifen könne, wenn die Sozialdemokratie einmal Gang zum Kaiser abgelehnt habe, denn wie habe man bei dieser Seite die Sozialdemokratie behandelt, man hat sie als „Elende“, als eine „Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, bezeichnet. Einem Menschen der Ehrgefühl hat, kann man nicht zumuten, in ein Gasse zu gehen, dessen Inhaber ihn derart beleidigt.

Wir meinen, wenn man so aus den eigenen Reihen heraus desaboviert wird, sollte man es unterlassen, die einzigen und wirklichen Demokratie, die in der Sozialdemokratie verkörpert ist, gute Lehren erteilen zu wollen. Gewiß war die Schlacht am Freitag eine verlorene für die Demokratie, aber für die bürgerliche nicht die sozialdemokratische, die vor den herrschenden Gewalten nicht so elend zusammenknickt wie jene.

Die Schulmeisteri des Herrn Dr. Gaas uns gegenüber ist psychologisch erklärlich. Die Herren Fortschrittlichen fühlen es instinktiv in allen Knochen, daß ihre Parteibegeisterung für die Militär- und Flottenpolitik vor dem Volke nicht zu verantworten ist und deshalb noch zur Redenschäufel gezogen werden. Deshalb glauben sie am besten die für sie unangenehme Situation retten zu können, daß sie feste auf die Sozialdemokratie losgehen, die einzig und allein die Rechte der Demokratie wahrte und sich nach den Grundsätzen der Demokratie verhielt. Da sitzt der „Gaas im Pfeffer“ und nicht in dem über Gebühr aufgebrauchten Verbalg des Gen. Scheidemann.

Aus dem badischen Lehrerverein.

Die Kommission, die vom geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Lehrervereins zu dem Zweck eingesetzt worden ist, die Verhandlungen der nächsten Deutschen Lehrerversammlung über die Besoldungsfrage vorzubereiten, hat das Ergebnis ihrer Arbeit einer Resolution niedergelegt, die der Versammlung zur Annahme unterbreitet werden soll. Diese Resolution zur Besoldungsfrage hat folgenden Wortlaut:

Söhne ihrer Väter.

Roman von Max Kreher.

(Fortsetzung.)

48 „Was ist denn das für ein Mensch hier nebenan?“ fragte Silvester dann seine Wirtin, als sie den Kaffee hereinbrachte, den sie auf ihrem Staatsgeschirr auftrug. „Er macht im Mantel und Hauschuh den Bistte. Sagen Sie, das ist wohl der Kerl, der nachts immer pfeift?“

Frau Schröpf gab ihm die nötige Aufklärung. Das sei ein sogenannter Dichter, wenigstens ein Mensch, der sich dafür halte. Am Tage laufe er sich die Sohlen ab, um den Zeitungen allerlei Neuigkeiten zuzutragen, nachts jedoch sitze er manchmal bis zum frühen Morgen über seinem Theaterstück, von dem er sich wer weiß was verspreche. Sein ganzes kümmerliches Dasein sei von diesem Traum erfüllt, und das sei das einzige, wodurch er sie immer aufs neue breitschlage, ihm Kredit zu geben. Er bleibe manchmal lange die Mietschuld, aber schließlich zahle er sie doch; wenn er etwas habe! Sie hätte ihn schon längst ziehen lassen, wenn er nicht immer ihr Mitleid erwecke, denn manchmal esse er kein Mittag, und des Abends trauere er unmerklich viel Pfeifen, um sich den Hunger zu verkneifen. Im allgemeinen ein durchaus gutmütiger, anständiger Mensch! Wenn er aber gleich so aufdringlich sei, dann allerdings —

„Nein, nein, er hat mich durchaus nicht gestört,“ beruhigte sie Silvester sofort, der nur das Wort Dichter gehört hatte und an sein eigenes Martyrium dachte, wenn auch mit anderen Gefühlen. Und er bat sie, dem andern nicht die geringsten Vorhaltungen zu machen, sonst würde er es ihr sehr übel nehmen.

Diese Nachbarschaft interessierte ihn plötzlich; er kam sich heimlicher vor, nicht mehr so fremd, gleichsam wie ein Mensch, der aus Geratewohl in die dunkle Nacht hinausgestürzt ist und unerwartet ein wohlthuendes Licht erblickt.

Und, erfreut darüber, raunte ihm Frau Schröpf etwas perchtäm zu. „Und wenn er im Mantel hier hereinkommt, nehmen Sie's nur nicht krumm. Aber seine Beinleider sind barm Blicksneider — schon seit gestern. Er kann

nicht ausgehen, denn er hat nur einen Anzug. So 'n armer Mensch ist das.“

Silvester sagte darauf nichts, nahm sich aber vor, diesen „Kollegen“ näher kennen zu lernen. Die Gelegenheit dazu wurde ihm noch am Abend desselben Tages geboten. Er war gerade mahnütig aus einer nahen Kneipe zurückgekehrt, wo er sich sehr unglücklich gefühlt hatte, weil er noch immer unter dieser neuen Lebensgewohnheit litt, als in der Winstube Frau Schröpf die Tassen eines Klaviers angeschlagen wurden, was er zum ersten Mal hörte. Dann vernahm er die Stimme der Wirtin, die ihre Einwendungen zu machen schien, worauf laut die Worte des Dichters folgten: „Lassen Sie mich nur machen, lassen Sie mich nur machen!“ Dann klopfte es bescheiden an seiner Tür, und herein trat abermals Hartwig Tilius, diesmal ohne Savelod, aber mit einem frischgeplätteten modernen Fragen, der, bis zum Kinn hinauf um seinen Hals gewirrt, sich sehr sonderbar zu dem Christuskopf nach Dürerart ausnahm; um so mehr, als eine riesige, punktierte Schleife weit über den Fragen-ausschlag des kümmerlichen Jockets lag. „Verzeihen Sie die Störung, geehrter Herr Nachbar, aber es handelt sich um die Geisteseristenz dreier Menschen... Unsere begabte Mitteleuropäerin namens Frau Schröpf sagte uns nämlich, daß sie ein Feind jeglicher Kunst und jeglichen Gesanges seien, und so habe ich die hohe Aufgabe zu erfüllen...“

Er kam nicht weiter, denn durch die offengebliebene Tür plachte die Gegenrede der ehrbaren Wirtin herein, mit Ausdrücken, die nicht gerade gut gewählt waren. Bald mußte Silvester, worum es sich handelte, und was er überdies bereits geahnt hatte. Die drei Mitbewohner pflegten sich bisher des Abends nebenan nach ihrer Weise die Zeit zu verkürzen, was nun aus Rücksicht auf den gut zahlenden neuen Mieter anders werden sollte.

„Es gibt nur ein Mittel dagegen, Herr Doktor in spoptima, sich selbst von der Notwendigkeit unserer projektischen Dreieinigkeit zu überzeugen.“ fuhr Tilius fort, indem er zugleich eine großartige Einladungsbeziehung nach dem Wohnzimmer machte, wo das helle Lachen einer

andern Frauenstimme ertönte, das auf die Anwesenheit einer noch jugendlichen Person schließen ließ.

„So steden Sie doch ein Räucherkerzen an, Herr Schröpf,“ machte sich ein zweiter Mann bemerkbar, einer klagenden Weise, die für das Eingeschichterte dort anwesenden sprach.

„Natürlich, natürlich!“ rief Tilius zurück. „Ich bin es ja immer gesagt, daß der ewige Bratkaroffel bei uns nichts Anziehendes für gebildete Kulturmenschen aus dem Westen hat. Wann werden Sie lernen, den Fenster zu öffnen, Frau Schröpf! Schon meine Weiden seit einiger Zeit darunter.“ Und so Silvester wandt fügte er in derselben Art hinzu, die immer Mitte zwischen Bescheidenheit und gutgemeintem Epa hielt: „Natürlich tut sie das nur aus Spekulation, um gute Mitteleuropäerin. Sie möchte, daß auch Sie Frauen hier recht lange ausdehnten, wie sie nicht die derartige Liebenswürdigkeiten an der endlichen Bedung meiner Tragödie gebindert. Leider, wissen Sie, ich nicht in der glücklichen Lage, ihr mit einem Summe markschief drohen zu können, weil ich, wäre ich dazu stande, sicher nicht die Bevormundung dieser gutber Frau länger ertragen würde, als mein Magen es lang.“

Übermals ertönte das helle Lachen, während Schröpf laut dazwischenrief: „Sind Sie denn ver geworden? Belästigen Sie doch den Herrn nicht.“

„Es zeugt allerdings für meine geunde Veranlagung, daß ich unter Ihrer zeitweise sehr brutalen Behandlung meinen Verstand noch nicht verloren habe,“ meinte Tilius mit Humor, was ein doppeltes Lachen im Wohnzimmer zur Folge hatte.

Das war für Frau Schröpf zubielt. Sie quetschte an dem unerbittlichen Hungerkünstler vorüber durch die Tür, machte eine knigartige Verbeugung, die sie komische weise für Silvester immer bereit hatte, und nahm im Anlauf zu einer längeren Creiferung, die aber Trost für die Erklärung zu dem anderen Durchschnitt, das gerne bereit sei, sich der bisherigen Sausregel zu fügen und keineswegs hier in dem Ruße stehen möchte, ein

1. Soll die deutsche Volksschule ihre Aufgaben im Dienste der gesamten Volksbildung und damit auch der steigenden wirtschaftlichen Entwicklung erfüllen, so hat das deutsche Volk die Pflicht, seine Volksschullehrer wirtschaftlich so zu stellen, wie es der Wichtigkeit und Schwierigkeit des Lehramtes entspricht. 2. Bei aller Anerkennung der Fortschritte, die durch die Beschäftigung der meisten deutschen Staaten während der letzten Jahre in der Lehrerbeförderung herbeigeführt worden sind, muß doch festgestellt werden, daß kein Beförderungsgesetz jenem Grundsatze voll gerecht wird. 3. Die Arbeit der Volksschullehrer ist als freie geistige Tätigkeit von der der akademisch gebildeten Lehrer in ihrem Wesen nicht verschieden. Gehaltsfestsetzungen, die das Volksschullehrergehalt auf die Hälfte des Gehalts akademisch gebildeter Lehrer oder noch niedriger bemessen, sind daher nicht gerechtfertigt. Vielmehr ist das Dienstentkommen der Volksschullehrer, das, abgesehen von der Lösung des Wohnungsbedürfnisses, grundsätzlich in Stadt und Land gleich hoch sein muß, dem der akademisch gebildeten Lehrer in weit höherem Maße anzunähern, als es zurzeit der Fall ist.

Der engere Vorstand des Bad. Lehrervereins sieht in der 3. These keine glückliche Lösung. Er glaubt einmal, daß das Abheben auf die akademisch gebildeten Lehrer den Vorwurf der Ueberhebung hervorruft und, und zum andern scheint ihm in dem Hinweis auf die „Hälfte“ des Gehalts der Akademiker kein bestimmter Maßstab zu liegen. Der Vorstand hat darum die Absicht in Berlin folgende, sämtlichen Vertretern des bad. Lehrervereins bei der Deutschen Lehrerverammlung in Berlin mitgeteilte Fassung der 3. These zu beantragen:

Eine entsprechende Gehaltsfestsetzung ist nur darin zu erblicken, wenn den Lehrern in Stadt und Land solche Gehaltsätze zugewiesen werden, die bei einem Vergleich mit den Bezügen anderer Beamten als gerecht erannt werden. Es ist überall, in Stadt und Land, eine Einreihung der Volksschullehrer in die allgemeinen Gehaltsstufen an der den Lehrern zukommenden Stelle zu erblicken, um sowohl eine angemessene Gehaltshöhe als auch eine gleichzeitige Besserstellung mit den übrigen Beamten zu sichern.

Der Vorstand bittet die Vertreter, möglichst bald mitteilen zu wollen, ob sie mit seiner Absicht, wie auch mit der Formulierung des 3. Leitsatzes einverstanden sind.

Badischer Landtag.

70. Sitzung der 2. Kammer.

© Karlsruhe, 22. Mai.

Präsident Mohrhuber eröffnete um 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Reinholdt, Generaldirektor Roth, Ministerialdirektor Schulz und Regierungskommissäre.

Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung des Budgets der Verkehrsanstalten.

Geheimrat Abg. Willi (Soz.) zeigte die neuen Eingaben, mehrere Petitionen an.

Generaldirektor Roth: Im Verlauf der bisherigen Debatte ist darüber geflagt worden, daß von der Eisenbahnverwaltung zuviel und zu hoch gestraft wurde. Es wurde ein Fall angeführt und es wurden daraus Schlüsse gezogen. Dies veranlaßt mich, auf den Fall kurz einzugehen. Es handelt sich um einen Lademeister. Er wurde einmal um 3 M. bestraft, weil er es zuließ, daß ein angekommener Wagen entladen wurde, bevor die Frachtbriefe eingeliefert waren. In einem anderen Falle wurde der Mann ebenfalls um 3 M. gestraft. Er hatte einen beladenen, auf der Ausladespur stehenden Wagen als leer beschriebene, was zur Folge hatte, daß der Wagen fortgeführt wurde, nach verschiedenen Stationen kam und nur mit Mühe zurückgebracht werden konnte. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß auch Dienstverhältnisse gestraft werden, wenn es notwendig erscheint. (Zustimmung.) Die freien Nachmittage an Samstagen treten ein, wenn es der Dienst nicht unmöglich macht.

Die Anragung des Abg. Schwall, Fahrradstuppen zu erlauben, wird geprüft. Mit dem Abg. Rebmann stimmt die Regierung vollständig überein, daß nach dem Prozeß wegen des Müllheimer Eisenbahnunglücks ermittelt geprüft werden muß, ob Mängel in Bezug auf die Dienst- und Ruhezeit oder in anderer Beziehung bestehen. Es wohnen der Verhandlung Vertreter des Ministeriums wie der Generaldirektion an, die später über ihre Wahrnehmungen berichten werden.

Abg. Wenden (fortf. Volksp.): Was bezüglich der Arbeiterpetitionen gesagt wurde, kann ich nur unterstützen. Bezüglich der Beseitigung der Ortsklassen hätte ich gewünscht, daß

diese zu sein. Er konnte dabei noch lachen, trotzdem ihm sonderbar zu Mut war, ungefähr wie einem Menschen, der etwas heruntergeschluckt soll, was ihm Unbehagen bereitet. Aber trotzdem ging er doch ins Wohnzimmer hinein, um die Gesellschaft der übrigen auf kurze Zeit zu teilen. Es geschah auch unter dem unwiderstehlichen Drange des Neberrauschens, der plötzlich seine eigene Sprache hört, auf die er nie gehofft hatte. Fast ärgerte er sich, hier Menschen mit gleichen Neigungen und geistigen Eigenschaften gefunden zu haben, denen er auf Wochen entgegen wollte, um unter trodenen Bananen zur selbst auferlegten Strafe in Stumpfsinn dahinzudämmern.

Wenn Sie erlauben, mache ich Sie bekannt,“ begann Albus sofort: „Fräulein Malba Hebert, genannt das Rindlein, weil sie manchmal die einzige Erleuchtung in unserem dunklen Dasein bildet, falls diese Mittelneurosen hier mit dem Petroleum allzu sehr knapft. Das Rindlein erzählt dann allerliebste Märchen im Dunkeln. Und hier: Herr Expedient Knauer, im Nebenberuf zarzaisierter Musiker. Auch einer von den verfrachteten Idealen, die im Joche steden und nicht mehr loskommen. Entschieden wäre er einer der begnadeten Lohnpotenzen geworden, wie Guskow diese Art Menschen nennt, wenn ihn sein Alter nicht so frühzeitig in eine Schokoladenfabrik geteilt hätte. Was wäre?“

Vom weißgekleideten Fensterritt erhob sich eine kleiner Mensch mit einem barlosen, freundlichen Gesicht, in dem die scharfen Brillengläser fortwährend nutzlos glänzten. Seine vollen Wangen glänzten wie Speck, und nicht minder sein Schädel, der eine einzige rofige Kuppel bildete. „Oh oh,“ stammelte er verlegen und machte eine ungeschickte Verrenkung nach unten, die etwas Affenartiges hatte.

Er spricht nicht viel, das haben wir ihm verboten, weil sonst zuviel Unsinns käme,“ entschuldigte ihn gewissermaßen Albus, der fortwährend zwei Finger der Hand zwischen Hals und Krage steckte, als läge ihm etwas unordentlich. „Nur seine Hände können reden — dieser Geiz wird Ihnen gleich werden. Haben Sie überhaupt schon ähnliche Hände gesehen, Herr Doktor?“

(Fortsetzung folgt.)

die Regierung ihren Standpunkt geändert hätte. Ich möchte auch das Wort reden für eine bessere Fürsorge der Invaliden und Kranken. Der Abg. Vogel hat darauf hingewiesen, daß im Eisenbahnrat alle Parteien mit Ausnahme der Fortschrittlichen Volkspartei Vertretung gefunden haben. Ich muß es als einen eigentümlichen Zufall bezeichnen, daß man an einer Partei, die über 12000 eingeschriebene Parteimitglieder hat, achtlos vorübergehen konnte. Auch diesmal wurde wieder viel von Sparbarkeit gesprochen. Erfreulich ist es, daß in dieser Beziehung der Finanzminister nicht so ängstlich ist und daß er mehr Optimismus hat als sein Vorgänger. Anlaß zu Beschwerden gibt die Absperzung der Bahnhöfe bei der Ankunft reisender Fürsichtlichen. Dadurch werden viele Reisende sehr behindert und Zugverspätungen herbeigeführt. Solche Absperzungen sollten auf das geringste Maß zurückgeführt werden. Das Verlangen der Abschaffung der 1. Wagenklasse ist durchaus berechtigt. Ich muß es bedauern, daß der Stadt Konstanz eine große Anzahl von Personal durch Verletzung genommen wurde. Es handelt sich dabei um etwa 90 Familien. Der Redner besprach sodann eine Reihe von Wünschen auf Verbesserung des Fahrplans auf der Schwarzwaldbahn, auf ausgedehnteren Durchgangsverkehr, auf bessere Verbindung von und nach Konstanz und eruchte die Regierung, darauf zu dringen, daß die Schiffahrtstarife für den Bodenseeverkehr herabgesetzt werden.

Abg. Kopf (Zentr.): Der Herr Minister hat im Tone des Vorwurfs bemerkt, daß es der Abg. Seubert nicht verstehe, die richtige Grenze zwischen dem Abgeordneten und Beamten zu ziehen und er hat es bemängelt, daß der Abg. Seubert bei seinen Ausführungen ein Schriftstück verlesen hat. Ich bin der Auffassung, daß der Minister die Ausführungen des Abg. Seubert nicht richtig verstanden hat, sonst hätte er keine Bemerkung nicht gemacht. Man kann es einem Abgeordneten nicht verwehren, aus seinen beruflichen Erfahrungen heraus Vorschläge zu Verbesserungen zu machen. Ein amtliches Aktenschild wurde von dem Abg. Seubert in keiner Weise mißbraucht. Wir können es nicht dulden, daß Beamte Vorwürfe erhalten, wenn sie sich an uns wenden. Wir müssen verlangen, daß das Petitionsrecht gewahrt bleibt. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Rebmann (natl.): Bei der von dem Abg. Kopf bei den Handlungen Angelegenheit kommt es auf die Frage an, wie weit ein Beamter als Abgeordneter berechtigt ist, über dienstliche Dinge zu sprechen. Wir wollen das volle Recht der Freiheit gewahrt wissen, auch für die Abgeordneten, welche Beamte sind. Wir auf unserer Seite sind der Auffassung, daß der Abg. Seubert die Grenzlinie, auf die es hier ankommt, nicht eingehalten hat und können uns deshalb dem von dem Abg. Kopf dem Minister gegenüber ausgesprochenen Tadel nicht anschließen. Wir finden daher die Ausführungen des Ministers vom letzten Montag nicht für unbegründet.

Abg. Muser (fortf. Volksp.): Namens der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei gebe ich folgende Erklärung ab: Wir sind immer dafür eingetreten und werden auch in Zukunft stets dafür eintreten, daß für jeden Volkvertreter das ihm verfassungsmäßig gewährteste Recht der rückhaltlosen Aussprache seiner Ueberzeugung unangefastet erhalten und dieses Recht auch dem Abgeordneten nicht vorenthalten oder geschmälert wird, der dem Beamtenstand angehört. Im Hinblick auf die Neuzugung des Abg. Seubert, daß er gegenüber seinem vorgelegten Minister und seiner vorgelegten Behörde jederzeit „alle Devotheit“ innehalte, erwarten wir von unseren Beamten, daß sie in Wahrung ihrer verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte, im Interesse ihres Ansehens und ihrer Würde es entscheiden ablehnen, ihren Vorgesetzten gegenüber eine „Devotheit“ zu beobachten, verlangen vielmehr von ihnen, daß sie sich jebermann, auch ihren unmittelbaren und mittelbaren Vorgesetzten gegenüber, durch eine männliche Müdigkeit und Charakterfestigkeit die verdiente Respektierung erwerben und erhalten. Wir erblicken in dem in Frage stehenden Verhalten des Abg. Seubert einen Verstoß gegen die Gebote des Takttes sowohl des Abgeordneten als des Beamten, und haben deshalb keinen Anlaß, die hiergegen gerichteten Ausführungen des Finanzministers in sachlicher Hinsicht zu beanstanden.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Der Abg. Seubert hat schon in der Kommission seine Sache vertreten und dort Beschwerden gegen seine unmittelbaren dienstlichen Vorgesetzten vorgebracht, ohne den Instanzenweg eingehalten zu haben. Ich bin auf seine Beschwerden nicht eingegangen, weil man die Dinge in der Kommission nicht so genau nimmt. Die Anregungen des Abg. Seubert, dessen schätzenswerte beruflichen Erfahrungen ich zu würdigen weiß, werden Beachtung finden. Beamten, die sich an einen Abgeordneten wenden, habe ich noch niemals einen Vorwurf gemacht und werde ihnen auch nie einen Vorwurf daraus machen. (Beifall.) Es wurde von dem Abg. Vogel und auch von dem Abg. Wenden beantragt, daß bei der Zusammenfassung des erweiterten Eisenbahnrates die Fortschrittliche Volkspartei nicht berücksichtigt werden sei. Ich habe das bis jetzt selbst noch nicht gewußt. Es wird aber im Eisenbahnrat keine Politik getrieben und ich glaube daher, mich auch keiner Unterlassungssünde schuldig gemacht zu haben. Ministerialdirektor Schulz kam auf verschiedene Beschwerden zu sprechen, die von einer Reihe von Rednern vertreten wurden. Unter anderem wurde wegen der Tariffestsetzung bezüglich des Karlsruher Hafens Beschwerde erhoben. Die Tariffestsetzung beruht auf den mit der Stadtverwaltung früher getroffenen Vereinbarungen.

Auch über die Anregungen bezüglich der Altbahn wird die Generaldirektion in Erwägungen eintreten. Die Einführung eines Generalabonnements läßt sich mit der Tarifreform nicht in Einklang bringen. Der Abg. Rebmann hat davon gesprochen, wie sich der Personalrat weiter entwickeln werde. Das wird erst die Zukunft zeigen. Das eine läßt sich nicht bestreiten, daß der Zweipennigtarif die Extragasse anderer Personentickets beeinträchtigt hat. Von einer Vorliebe für die 4. Wagenklasse wird nach der bisherigen Stellungnahme der Eisenbahnverwaltung und der von ihr in ihren Denkschriften niedergelegten Auffassung nicht gesprochen werden können.

Abg. Schmidt-Bretten (kon.): Die Erklärungen, welche die Abg. Rebmann und Muser zu der Angelegenheit abgegeben haben, scheinen mir den Kern der Sache nicht zu treffen. Seine Pflicht, das Dienstgeheimnis zu wahren, hat der Abg. Seubert nicht verletzt. Ich muß mich deshalb wundern, daß von jener Seite das gebilligt wurde, was der Minister gesagt hat.

Abg. Kopf (Zentr.): Der Herr Minister hat heute nun selbst zugegeben, daß es sich bei dem Vorbringen des Abg. Seubert um geringfügige Dinge gehandelt hat. Was die Ausführungen der Abg. Rebmann und Muser betrifft, so bedauere ich es, daß dieselben so ausgefallen sind. Sie haben damit eine Kleinigkeit aufgebauscht in einer Angelegenheit, bei der es sich um die Rechte dieses Hauses handelt. (Zustimmung beim Zentrum.)

Abg. Muser (Z. V.): Wir werden es nie dulden, daß einem Abgeordneten, sei er nun Beamter oder Arbeiter, eine Schranke gesetzt wird. Wir haben nur auf das Beamtengefeß hingewiesen und lediglich davon gesprochen, daß es sich um einen Verstoß gegen die Gebote des Takttes gehandelt habe. Zur Wahrung der Rechte des Hauses gehören auch die Gebote des Takttes (Anruhe beim Zentrum). Der Abg. Seubert sprach von einer Devotheit den Vorgesetzten gegenüber. Ich meine, das gehört auch nicht zur Wahrung der Rechte der Volkvertretung. (Sehr richtig links.)

Abg. Rebmann (natl.): Wir wahren auch die Rechte der

Abgeordneten, aber wir müssen auch verlangen die Berücksichtigung der Gebote des Takttes. Wir verlangen auch für die Beamten, daß ihnen die verfassungsmäßigen Rechte unbeschränkt gewahrt bleiben.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Um keine unrichtige Auffassung aufkommen zu lassen, will ich bemerken, daß ich keine Absicht habe, die mittleren Beamten zum Schweigen zu bringen. Ich achte in jedem der Herren der Abgeordneten, gleich welchem bürgerlichen Berufe er angehört.

Damit schloß die allgemeine Debatte. Es folgten kurze persönliche Bemerkungen des Abg. Seubert (Zentr.), der erklärte, daß er mit dem Ausdruck Devotheit nichts anderes habe ausdrücken wollen als dienstliche Korrektheit, und des Abg. Muser (Z. V.), worauf

Abg. Muser (Z. V.) das Schlusswort zu seinem Antrag auf die gesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeit des Eisenbahnpersonals erhielt. Er trat nochmals energisch für die Erfüllung dieses gerechten Verlangens ein.

Darnach wurde die Sitzung geschlossen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. — Spezialberatung.

Das Müllheimer Eisenbahnunglück vor Gericht.

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Freiburg, 22. Mai.

(Fünfter Verhandlungstag.)

Die Vormittagsitzung fiel heute aus, der Gerichtshof begab sich am Morgen mit den Angeklagten und Sachverständigen an den hiesigen Hauptbahnhof. Man hatte dort auf einem Refervegleise einen Zug aufgestellt, der ähnlich zusammengesetzt war, wie der Unglückszug; auch die Lokomotiv-Gattung war die gleiche. Man stellte auf der Lokomotive praktische Versuche über die Handhabung der Bremse und des Dampfregulators an, auch die Notbremse wurde einer Besichtigung unterzogen.

In der nachmittags beginnenden Sitzung wurden 13 Zeugen, meist Zugführer, aufgerufen. Auf Antrag des Verteidigers Straub werden noch Zugführer Riede-Konstanz und prakt. Arzt Dr. Fischer-Heidelberg geladen.

Der Vorsitzende richtet an den ersten Zeugen, Zugführer Henne-Heidelberg, die Frage, ob in der Praxis Wert darauf gelegt werde, daß die Bestimmungen des Dienstreglements, wonach der Zugführer, wenn nötig, den Bremshebel zu ziehen habe, eingehalten werden. Der Zeuge bejaht diese Frage unbedingt. Der Zugführer habe die Pflicht, einen Platz im Zuge zu wählen, von wo aus er den Zug übersehen könne. Signale lassen sich unter Umständen auf 500 Meter sehen, und wenn ich weiß, jetzt kommt ein Signal, so sehe ich darnach. Wenn der Vorrichtungsbehl bestimmt, es darf nur mit 20 Kilometer Geschwindigkeit gefahren werden, so würde ich, sofern es der Lokomotivführer nicht tut, beim Einfahrtsignal die Notbremse ziehen.

Sachv. Zugführer Landes hält es für möglich, bei trockenem Wetter vom Einfahrtsignal bis zum Signal „Langsame Fahrt“ (373 Meter) die Geschwindigkeit des Zuges von 100 auf 20 Kilometer herunter zu bringen.

Zeuge Lokomotivführer Heim-Karlsruhe: Der Zugführer muß von Zeit zu Zeit zur Beobachtung durch das Fenster des Kapriols sehen. Wenn der Zug mit 100 Kilometer Geschwindigkeit sich vorwärts bewegt, so sollte der Lokomotivführer 700 Meter vor dem Haltepunkt zu Bremsen anfangen.

Auf Antrag des Staatsanwalts kommt der Vorrichtungsbehl zur Verlesung, welcher dem Angekl. Platten vor der Abfahrt in Basel eingehändigt wurde und worin bestimmt war, der Zug dürfe eine Strecke oberhalb des Bahnhofs Müllheim wegen der im Bau begriffenen Unterführung mit nur 20 Kilometer Geschwindigkeit fahren. Was unter dieser Strecke zu verstehen sei, darüber herrschen unter den Zugführern verschiedene Ansichten, mehrere von ihnen sind der Meinung, die Geschwindigkeit von 20 Kilometer beginne erst unmittelbar vor der Baustelle, während die Mehrzahl der Sachverständigen und der Staatsanwalt die Auffassung vertreten, die 20 Kilometer-Geschwindigkeit habe ihren Anfang schon beim Signal „Langsame Fahrt“ zu nehmen.

Zeuge Heim gibt auf Befragen die Erklärung ab: wenn der Lokomotivführer nicht bremste, so hätte ich gemerkt bis zum Langsamfahrtsignal, dann hätte ich zur Notbremse gegriffen. Man dürfe aber nicht außeracht lassen, daß die Benützung der Notbremse unter Umständen riskiert sei; Zerreißen des Zuges und Verletzung der Reisenden könne die Folge sein. Man verlasse sich eben bis zum letzten Moment auf den Lokomotivführer, tatsächlich bräuchten die Lokomotivführer in bezug auf die Geschwindigkeit, mit der sie einen Zug zum Halten bringen, wahre Kunststücke fertig.

Angekl. Bähr erklärt, er habe den Vorrichtungsbehl so aufgefaßt, erst von der eigentlichen Gefahrstelle (Weiche) ab, müsse mit 20 Kilometer Geschwindigkeit gefahren werden.

Zeuge Zugführer Witte mann-Heidelberg: Ich öffne, falls es nötig erscheint, die Fenster, um die Signale zu sehen, bei guter Witterung sind dieselben leicht erkennbar. Ich würde die Notbremse bei Signal A gezogen haben.

Angekl. Bähr: Wie kann die Geschwindigkeit des Zuges dem Zugpersonal auffallen, wenn selbst die Lokomotivführer manchmal nicht imstande sind, die Geschwindigkeit des Zuges zu beurteilen.

Zeuge Zugführer Red-Heidelberg weist auf die Vorschriften über den Gebrauch der Notbremse hin. Dieselben besagen, die Notbremse muß im Fall der Not von dem Zugführer gezogen werden, wenn dieser Fall eintrete, bleibe dem Ermessen des Führers überlassen. Sachv. Zugführer Landes über die Pflichten des Zugführers im allgemeinen vernommen, führt aus, der Zugführer sei verpflichtet, sich zum Eingreifen während der Fahrt bereit zu halten. Im übrigen ist er auch der Meinung, daß die 20 Kilometer-Strecke nach dem Vorrichtungsbehl nur die Strecke über die Weiche zu verstehen sei. Der Beehl hätte durch einen Passus vervollständigt werden müssen.

Sachv. Fuchs: Das Personal muß sich unter allen Umständen an die Vorschriften halten, ob eine Gefahr vorliegt. Ob ein Zug mit dieser, oder jener Geschwindigkeit zu fahren habe, könne nur ein technisch gebildeter Beamte beurteilen. Sachv. Marx: Wenn der Zugführer bei Signal „Langsame Fahrt“ die Notbremse gezogen hätte, so wäre der Zug, wenn nicht mit 20, so doch mit 40 Kilometer Geschwindigkeit über die Weiche gekommen.

Staatsanwalt Bender zum Sachv. Marx: War der Lokomotivführer verpflichtet, den Vorrichtungsbehl zu lesen? Marx: Selbstverständlich, es könnte ja auch etwas anders auf dem Papier stehen. Staatsanwalt: Ich stelle fest, daß der Angekl. Platten den Beehl nicht gelesen hat.

(Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.)

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 22. Mai 1912.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag auf Vertagung des Reichstags.

Abg. Haase (Soz.): Wieder soll der neue Reichstag so spät einberufen werden. Mit der Arbeitskraft der Abgeordneten wird förmlich Raubbau getrieben.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Verträge mit Luxemburg und Bulgarien werden in dritter Lesung angenommen, ebenso die gefassten Beschlüsse über die Verträge mit Rumänien und Serbien.

Abg. Lebebour (Soz.):

Es ist einigermaßen schwer, jetzt noch ernsthafte Debatten zu führen bei der Abneigung der Mehrheit dazu. Es sind eben eine Reihe wichtiger Vorlagen angenommen worden bei vollkommener Interesslosigkeit des Hauses.

Es ist nicht zulässig, daß Sie dem Hause Interesslosigkeit vortwerfen. Zustimmung und Heiterkeit. Während der Abstimmung über die wichtigsten Vorlagen hat man Privatgespräche gepflogen.

Die Vorgänge, die sich hier abgepielt haben, waren weiter nichts als eine Durchpeitschung der Vorlagen in den letzten Tagen der Session. Zum Teil liegt das daran, daß die Reichsregierung es für angemessen gehalten hat, die Reichstagsaufschiebung in den Januar zu verlegen und dadurch die Session so verkürzt hat.

Ich möchte Sie bitten, während meiner Rede das Konversationsbedürfnis einzustellen! (Schallendes Gelächter rechts). In Ihrem eigenen Interesse, denn Sie zwingen mich dazu, längere Pausen zu machen und zu wiederholen, was ich schon gesagt habe.

Somit zwingen Sie mich, meine kurze Redezeit, die ich mir vorgenommen habe, zu verlängern. Ich wiederhole zunächst, was ich schon gesagt habe. (Große Heiterkeit.) Der Redner wiederholt die letzten Sätze und fährt dann fort: Die Regierung hat die Wahlen solange hinausgeschoben, weil sie hoffte, einen mehr Reichsmannschen Reichstag zu bekommen.

Das ist ihr aber nicht gelungen. Wir haben eine Reichsregierung einer kleinen Minorität. Es gibt nichts Falscheres, als daß die Regierung über den Parteien stünde.

Zur Organisation der Reichstagsverhandlungen hat auch das Diktiergesetz beigetragen. Der Reichstag muß jedoch als möglich eine Reform herbeiführen. Es müssen Diktier für die wirklichen Sitzungstage gegeben werden, die Höhe ist gleichgültig.

In dieser Richtung müssen sämtliche Parteien zusammenhalten. Sollte die Bureaucratie sich weigern, das zu bewilligen, dann müssen wir die Regierung zwingen. Wir haben in Deutschland eine reaktionäre Politik, die getrieben wird von der Regierung mit Unterstützung der Rechten.

römisch-byzantinischen Recht. Wenn der König in England sagen würde, er wolle wegen der Abkürzung einer Kaiserjagd oder wegen der Verweigerung des Gnadenfonds die Verfassung in Scherben schlagen, dann würde zunächst in vierzehn Tagen der englische Thron in Scherben geschlagen.

(Lachen rechts.) Sowohl, das ist schon einmal geschehen. Oder wenn ich diesen Fall rein pathologisch-individuell betrachten soll — in England natürlich! — dann würde dafür gesorgt werden, daß dieser englische König für die fernere Zeit seines Lebens an irgend einem Orte wie in Sarnberg oder sonstwo ein unschädliches Leben zu führen hätte, wie der Sultan Abdul Samid.

Bei meiner Rede zum deutschen Volk habe ich, daß die anderen Parteien in Deutschland zu dem selben Selbstgefühl kommen möchten, das das englische Volk besitzt. Dann wäre es nicht bloß vollkommen ausgeschlossen, daß irgend ein Inhaber des Thrones sich so etwas erlauben dürfte wie... (Präsident Dr. Kaempf: Schon dieser letzte Vergleich zwischen englischen und deutschen Verhältnissen war nicht zulässig, und wegen dieses letzten Ausdrucks rufe ich Sie zur Ordnung.)

Ich habe Ihnen mit aller Deutlichkeit doch gesagt, wie wir über diese Dinge denken und was nach unserer Meinung in Deutschland geschehen müßte, wenn das deutsche Volk dasselbe Selbstgefühl hätte wie das englische.

Ich rufe Sie zur Ordnung. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Weil die liberalen Parteien die imperialistische Politik mitmachen, werden sie verhindert, unsere inneren Zustände zu verbessern durch den Ausbau der Verfassung.

Wir haben in dieser Beziehung ein festes Programm aufgestellt. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie sollen sich unbedenklich über die ganze Erde ausbreiten. Das ungeeignete Mittel ist das planmäßige Auktionen. Durch die Ausnahmepolitik gegen die Polen wird die Stellung der Deutschen im Auslande verschlechtert und wir haben dadurch das Recht verloren, gegen die Entziehung der deutschen Minderheiten im Auslande zu protestieren.

Wir werden für die Aufklärung der Bevölkerung sorgen! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Redner hat gegen den Kaiser die schärfsten Beleidigungen gebraucht und sie auszusprechen die Form gewählt, daß er den englischen König zum Vergleich heranzog.

Das ist Stimmungsache für die heutigen Protestversammlungen der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie hat wieder einmal durch Herrn Lebebour ihr Herz enthielt und gezeigt, wohin die Fahrt geht: zur Herunterwürdigung des Trägers der monarchischen Gewalt.

Abg. Schult (Mp.): Der Redner hat gegen den Kaiser die schärfsten Beleidigungen gebraucht und sie auszusprechen die Form gewählt, daß er den englischen König zum Vergleich heranzog. Das ist Stimmungsache für die heutigen Protestversammlungen der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie hat wieder einmal durch Herrn Lebebour ihr Herz enthielt und gezeigt, wohin die Fahrt geht: zur Herunterwürdigung des Trägers der monarchischen Gewalt. (Schluß des ausführlichen Berichts folgt in der morgigen Nummer.)

Der Reichstag stimmte heute zunächst dem Antrag auf Vertagung bis 26. November d. J. zu, doch erledigte sich die Sache nicht ganz so glatt wie gewöhnlich in ähnlichen Fällen.

besteuerung, gegen deren Einführung zur Deduktion einer großen nationalen Forderung sich in den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe kein Widerstand geltend machen wird.

Deutschland hat ohne Schulden seinen Lebensgang begonnen, bald aber folgte eine Anleihe der anderen, sodas heute die 5. Milliarde Schulden voll gemacht haben.

Die Finanzreform 1900 war der Markstein der Umkehr; es werden nicht nur die laufenden Ausgaben gedeckt, sondern auch Schulden getilgt.

Der Redner stellt fest, daß von einer Spiritusmonopolie nicht die Rede sein könne, wohl aber von einer ungemessenen Preissteigerung. Wenn wirtschaftlicher Spiritusmangel bestanden hätte, so wäre Ausland wohl in der Lage gewesen, das Fehlen zu liefern.

Eine Diskussion fand nicht statt. Die Resolution wird mit allen gegen die Stimme der Handelskammer Freiburg angenommen.

Herr Professor Rehbock referiert über das Murgkraftwerk. Eingehend verbreitet sich Redner über den unterschiedlichen Wert einer Kilowattstunde, wobei es im Wesentlichen darauf ankommt, zu welcher Stundzeit, d. h. bei welcher Belastungszeit des elektrischen Netzes, die Kraft angenommen wird.

Die Entwicklung der Groß-Wärmekraftmaschinen in den letzten 10 Jahren war eine wesentlich schnellere als die Entwicklung der Wasserkraftmaschinen; die Groß-Wärmekraftmaschinen haben insbesondere durch die Entwicklung der Groß-Dampfturbinen und des Wasserdampfessels, abgesehen von erheblichen technischen Fortschritten beispiellose wirtschaftliche Fortschritte gemacht.

Die größte Gefahr für die dauernde Wirtschaftlichkeit einer Großwasserkraft besteht nun heute in dem nicht überhöhten technischen Fortschritt des Wärmekonsums für die nächsten Jahrzehnte. Sider ist, daß der Wärmekonsum nicht nur an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt ist; während unsere besten großen Wasserturbinen bereits bis gegen 90 Prozent der zugeführten Energie ausnutzen, tun das Dampfmaschinen erst bis gegen 20 Prozent.

Es muß daher von einer vorsichtigen Rentabilitätsberechnung einer Großwasserkraft verlangt werden: 1. daß nach dem heutigen Stand beider Konkreten die kapitalistisch schwerfälligeren Wasserkraft ein erhebliches Vorsprung in den Betriebskosten vor dem Wärmekonsumrenten hat, damit sie wenigstens ein Jahrzehnt lang Ruhe zur Entlohnung findet.

Die Wasserkraft im Betrieb wesentlich billiger, doch tritt dieser Zeitpunkt leider nach den bisherigen Tilgungsplänen unserer Wasserkraftprojekte erst nach vielen Jahrzehnten ein; für diesen Zeitpunkt ist es aber unmöglich, auch nur annähernd die denkwürdige Methode der Elektrizitätsverzeugung vorauszusetzen.

Es sei darauf hingewiesen, daß das geplante staatl. Murgwerk in vollen Ausba 2900 Mt. pro Jahresleistung liefert, eine äußerst bedeutende Zahl, welche die zulässigen Werte weitestens um das Dreifache übersteigt.

Die staatl. Ertragsberechnung vergißt ferner die Kosten an sich außerordentlich hohe Anlagelosten. Es verwechselt ferner in seiner Ertragsberechnung Tilgung und Abschreibung.

alle Großwasserkräfte mit großem Verlust verbundene Ein-
führungzeit. Selbst wenn man für den jeweiligen Ausbau
innerhalb fünf Jahren volle Beschäftigung erhofft, ergeben sich
in dieser fünf Jahren sehr große Geldverluste, um die das
Kriegskapital zu erhöhen ist. Das Staatsprojekt übertrifft
sogar, das von den erzeugten Stromkosten höchstens 90 Pro-
zent an den beschafften Stellen verhältnißlich sind und umge-
kehrt franzo Verkaufsstelle, da immer nur von Preisen franzo Er-
zeugungsjahre gesprochen wird.

Wenn daher eine kaufmännisch einwandfreie Ergänzung
des Staatsprojektes erfolgt, die diese Forderung berücksichtigt,
so wird sich ein Preis pro Kilowattstunde für den Großabnehmer
des badischen Murgwerkes ergeben, der ihm kaum noch Vorteil
gegenüber anderen Strombezugs- oder Erzeugungsquellen bietet.
Es ist in hohem Grade bedauerlich, daß eine Verständig-
ung zwischen der badischen und württembergischen Regierung
bis jetzt nicht gelang, da ein gemeinsames Projekt sowohl be-
züglich der Erzeugungskosten, als vor allem auch wegen des
größeren Absatzgebietes die Kilowattstunde der Murg gegenüber
den Wärmekraftanlagen konkurrenzfähiger gemacht hätte.

2. Es ist wahrscheinlich, daß im südlichen Schwarzwald
ein badische Hochdruckanlagen möglich sind, die einem rein
badischen Murgwerk überlegen sind; vor Festlegung von 30
Millionen Mark für ein Murgwerk sollten daher die Gelegen-
heiten des südlichen Schwarzwaldes genau durchproffert und
veröffentlicht werden.

3. Die weitere Ausbauwürdigkeit der Rheinwasserkräfte
berhalb Basels wird durch die fortschreitende Entwicklung der
Großwärmekraftmaschinen stark eingengt.

4. Die in einem Rheinseitenkanal möglichen Großwasser-
kräfte unterhalb Basels sind die einzigen konstanten und zur
Erzeugung geeigneten deutschen Rheinwasserkräfte. Sie
sind trotz des Fortschritts der Großwärmekraftmaschinen heute
noch rentabel, wenn eine Verständigung zwischen der schiff-
fahrts- und Wasserkraftinteressen unter Mitwirkung der betrei-
genden Regierungen möglich ist. Der kürzlich veröffentlichte
Standpunkt der badischen Regierung gegenüber dem Rhein-
wasserwerk Rembs ist daher durchaus zu billigen.

5. Eine dringende Notwendigkeit zum sofortigen Ausbau
einer neuen Großwasserkraft liegt für die nächsten
Jahre nicht vor. Ein Haupthindernis für die weitere Unter-
nehmung selbst an sich rentabler Wasserkräfte ist die mangelnde
Organisation des Großhandels in Kilowattstunden für das
Oberrheingebiet.

Kommunalpolitik.

Muggensturm, 23. Mai. Bei der gestrigen Bürgeraus-
scheidung in der 1. Klasse erhielt die Liste des Zentrums
12, die der Liberalen 8 Sitze. Die Liberalen haben, un-
terstützt von uns, über Erwarten gut abgeschnitten. Der
Bürgerausschuß legt sich nun folgendermaßen zusammen:
28 Zentrum, 24 Sozialdemokraten und 8 Liberale. Der
alle Bürgerausschuß bestand aus 42 Zentrumsanhängern
und 18 Sozialdemokraten. Die Zentrumsmajorität auf
dem Rathaus hat ein Ende, an der neuen Mehrheit ist
es nun gelegen, zum Wohle der Gemeinde zu arbeiten.

Gewerkschaftliches.

Der Rheinischer Streik zeigt wenig Veränderung. Die
Streikenden stehen noch wie vor fest zu ihrer gerechten Sache.
Verhandlungen konnten noch nicht angeknüpft werden. In den
letzten Tagen kommt allerdings bald als Arbeitswillige auf den
Rhein, die von der Polizei mit besonderer Fürsorge geschützt
werden. So wird eine Verbindung zwischen Streikenden und
Arbeitswilligen durch die Polizei unmöglich gemacht. Sämtliche
Fahrzeuge, die von Streikbrechern bedient werden, sind mit
Polizisten besetzt, die in ganz rigoroser Weise gegen jeden Vor-
gehen, der den Versuch macht, sich einem Fahrzeug zu nähern.
Als z. B. Streikende versuchten, in Bingen auf einem Boot
mit Arbeitswilligen zu konfiszieren, jedoch die Polizei ohne weite-
res scharf. Die Arbeitswilligen waren übrigens bereit, das
Schiff zu verlassen, durch das Vorgehen der Polizei wurden sie
hieran verhindert.

So ist schließlich die ganze Aufrechterhaltung der Schifffahrt
bei den betroffenen Firmen weiter nichts als eine unter den
Augen der Behörde begangene Ungeheuerlichkeit, weil sie den
Arbeitswilligen die Ausübung des Koalitionsrechts und das Streik-
vorteilhaftestens unmöglich macht.

Zur angekündigten Metallarbeiterausperrung in Süd-
baden. In den Fittingswerken in Singen am Bodensee
hat die Fabrikleitung mittels eingeschriebenen Brief 400 Ar-
beiter gekündigt. Die Kündigung wurde mit dem Befehl der
südbadischen Metallindustriellen, am 1. Juni eine Aussperrung
vorzunehmen, begründet. In dem Kündigungsschreiben spricht
die Firma jedoch die Erwartung aus, daß noch zuvor die Ver-
handlungen zum Frieden führen möchten.

Drohender Kampf in des Steingewerkes Friedriessfeld
in Baden. Die Arbeiter der deutschen Steingewerkefabrik
für Kanalisation und Chemische Industrie in Friedriessfeld in
Baden stehen in einer Lohnbewegung. Verhandlungen durch
den Arbeiterausschuß mit der Direktion der Werke erwiesen sich
als nutzlos. Direktor Hoffmann vertrat den Standpunkt, daß
der Tarif erst nach rechtzeitiger Kündigung am 1. Januar 1913
ablaufen könne, während der Werksrat eines von demselben
Direktor unterzeichneten Tarifvertrages bedarf, daß der am
10. März 1906 vor dem Gewerbegericht Mannheim abge-
schlossene Tarifvertrag mit vorgesehene Modifikationen (es
wurden den Arbeiterarbeiten im Winter 1908 4 Prozent Ab-
zug aufgezogen) am 1. Januar 1909 auf ein weiteres Jahr
verlängert wurde. Demnach hätte der Tarif mit dem 1. Jan.
1910 seine Gültigkeit verloren. — Von 498 in Betriebe beschäf-
tigten Arbeiter haben am Samstag 442 ihre Kündigung ein-
gereicht. Zugun von Arbeitlosen, Steingewerke- und Möbren-
arbeiten ist nach Friedriessfeld in Baden streng fernzuhalten!

Der Achtundzigtägige in den Bäckereien. Die Errichtung
an modernen Großbetrieben im Bäckereigewerbe bedingt eine
andere Arbeitsweise, als in den handwerksmäßigen Kleinbe-
trieben. Im Großbetriebe wird durch die neueste Maschine die
Arbeitsleistung auf das Höchstmaß vergrößert, was einen um so
höheren Verbrauch der Arbeitskraft zur Folge hat. Von der
Arbeiterorganisation wird daher in diesen Großbetrieben auf
die Verkürzung der Arbeitszeit das Hauptaugenmerk gerichtet.
In den letzten Jahren konnte denn auch die Arbeitszeit viel-
fach verkürzt werden. Bequinstig wurden diese Bestrebungen
durch den Abschluß des Reichstarifvertrages mit dem Zen-
trumverband deutscher Konsumvereine, nach welchen in allen kon-
sumvereinerischen Betrieben tariflich die Arbeitszeit auf täglich
acht Stunden festgesetzt wurde. Seitdem ist es gelungen, auch
in einzelnen Kleinbetrieben die tägliche Arbeitszeit auf acht
Stunden tariflich festlegen zu können. Am Jahresabschluss 1911
war der Achtundzigtägige in 185 Betrieben mit 2343 beschäftigten
Arbeitern tariflich festgelegt. In diesem Jahre konnten bereits
mit je einem Großbetriebe in Berlin und Frankfurt a. M., in
denen zusammen 82 Personen beschäftigt sind, die achtstündige
Arbeitszeit durch Tarifabschluß eingeführt werden. In diese
Erweiterungsteil nehmen sich vornehmlich die Beschäftigten in
den Großbäckereien. Allein in Hamburg haben den Achtundzigtägigen
rund 400 Bäckereiarbeiter; in Berlin sind nach der letzten Zu-

kommenstellung über 200 Arbeiter acht Stunden beschäftigt.
Von diesen 600 Arbeitern entfallen 366 Personen auf Privatbe-
triebe. Die übrigen Betriebe im Reich mit achtstündiger Ar-
beitszeit sind durchgehend Konsumvereiner. Selbstverständ-
lich besteht in allen diesen Betrieben auch die sechsstündige Ar-
beitswoche.

Gegenüber den handwerksmäßigen Kleinbetrieben, wo fast
durchgehend noch an sieben Tagen bzw. Nächten in der Woche
gearbeitet wird, und wo selbst nach der Bundesratsverordnung
die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden betragen darf, ist die
wöchentliche Arbeitszeit in diesen Großbetrieben um 34 Stun-
den kürzer. Trotzdem wird auf jedem Unternehmerverband-
tag von der Regierung die Aufhebung dieses winzigen Arbeit-
schutzes gefordert, mit der Begründung, daß durch die Verord-
nung das Kleingewerbe enorm belastet wird. Wie aber die
Tatsachen zeigen, sind gerade diejenigen Betriebe am leistungs-
fähigsten, wo die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist. Auch
die Intensität der Arbeitsleistung ist hier eine viel höhere als
in den Kleinbetrieben mit längerer Arbeitszeit.

Soziale Rundschau.

Im Monat April gelangten beim Genossenschafts-
vorstand der bad. landw. Berufsgenossenschaft
430 Unfälle zur Anzeige, wovon 400 auf die Landwirtschaft und
die mitverwandten Nebenbetriebe und 30 auf die Forstwirtschaft
entfielen. Erstmals entschädigt wurden 336 Fälle; hieunter
sind 7 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden
für die neu entschädigten Fälle 23 250 M. angewiesen, und zwar
an 329 Verletzte 22 754 M., an 2 Witwen 248 M. und an 2
Kinder 248 M. Für die tödlich verstorbenen Unfälle wurden
weiter 350 M. Sterbegelder bezahlt. Am gesamten waren
zu Anfang des Monats 25 642 Personen im Rentenverhältnis, da-
von schieben im Laufe des Monats durch Einstellung der Rente
44 und durch Tod 87 aus. Unter Berücksichtigung des obigen
Zugangs bezogen hiernach auf 1. Mai 25 844 Personen Renten
im gesamten Jahresbetrage von rund 2 079 400 M. Die Zahl
der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Entschädigungen
abgelehnt wurden, betrug 106; in 143 Fällen wurden Rende-
nungen im Rentenbezuge vorgenommen.

Aus der Stadt.

Der Streik bei der Farb- und Gerbstoff-Fabrik
am Rheinhafen blieb unermüdlich. Ein nochmaliger
Versuch seitens der Organisationsleitung, menschenwürdige
Verhältnisse für die Arbeiter herbeizuführen, verlief resul-
tatlos. Direktor Silber mit seinem Herrn Werkmeister
Goos sehen es lieber, mit den Arbeitern in Uneinigkeit
zu leben. Der Herr Werkmeister G. versuchte noch in
letzter Stunde, einige Arbeiter auf seine Seite zu bringen.
Die tarifliche Bestimmungen, so weit die Gesundheit der
Arbeiter in Frage kommt, werden in diesem Betriebe nicht
beachtet. Die Badeeinrichtung dient nur als Defor-
tation, das Deffnen der Fenster ist durch Anordnung des
Werkmeisters verboten. Bei Einstellung haben die Ar-
beiter durch Unterschrift sich zu verpflichten, jede Stunde
wieder sich entlassen zu lassen. Das Antreibsystem steht
in höchster Blüte. Möglichst viel soll aus den Knochen
der Arbeiter herausgewirtschaftet werden. Vergeht doch
bald keine Gewerbebetriebsverwaltung mehr, wo die Firma
nicht unter Vertretung des Herrn G. daran interessiert
ist. Der den Arbeitern aufgewungene Streik wird so
lange fortgesetzt, bis man die schon längst berechtigten
Wünsche der Arbeiter anerkennt. Zugang ist fern zu
halten.

Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Karlsruhe.
Aus der Sitzung des Schiedsgerichts für Arbeiter-
versicherung,
vom 18. Mai.

Der jetzt 66 Jahre alte Fuhrmann F. hatte im Jahre 1895
die fünfte Rippe gebrochen und sonstige Quetschungen erlitten,
erhielt erst 46 Prozent, dann 26 Prozent, wie das so der regel-
rechte Gang des „Rentenschwundes“ ist. Nun sollte er auf
Grund eines Gutachtens des Herrn Dr. Berk nur noch
10 Prozent Rente erhalten. In dem Gutachten ist angegeben,
„daß es sich um einen Mann mit mäßiger Muskulatur und ge-
ringem Fettpolster (bei einem Tagesverdienst von 3,20 M.,
wohl begreiflich, D. V.) handelt. Die gebrochene Rippe ist nicht
in nennenswerter Vereinigung verheilt, sie läßt sich nach hinten
und vorne verschieben, nach den langen Jahren ist ein Ver-
schwinden der Schmerzen anzunehmen, es mag ja glaubhaft
sein, daß bei schweren Anstrengungen noch dann und wann ein
geringes Stechen an der Bruststelle auftritt, doch kann das fer-
nerlei sehr erhebliche Bedeutung haben.“ Der Verletzte und
dessen Bestand, Arbeitersekretär Hipp, hielten dem entgegen,
daß nicht nur an der Brustseite, sondern auch am rechten Arm
Beschwerden vorhanden sind, welche mit weiteren Krankheiten
(Asterienverfallung und Lungenverengung) wohl nicht zu-
tun haben, sondern lediglich aus dem Unfall resultieren, wel-
cher ihn wirtschaftlich insoweit schädigte, daß er nur noch täglich
3,20 M. (mehr guttatsweise) verdiene, während seine Lebens-
arbeiter 4,80 M. bis 4,90 M. erhalten. Das Gericht entschied,
daß die Berufsgenossenschaft 20 Prozent zu zahlen habe.

Erwerb des badischen Staatsbürgerrecht.
Im nächsten Jahre finden die Neuwahlen für die
zweite badische Kammer statt. Es gibt eine große Anzahl
Arbeiter, die zwar ihren Pflichten dem Staate gegenüber
nachkommen müssen, aber das Wahlrecht nicht besitzen, weil
sie nicht badische Staatsbürger sind. Parteigenossen! Der
Sieg bei Wahlen wäre oft ein leichtes, wenn die Arbeiter
sich etwas mehr um ihre Rechte kümmern würden! Agi-
tieren darum tüchtig für Aufnahme in den badischen
Staatsverband. Wer wählen will, muß schon ein Jahr
badischer Staatsbürger sein. Es ist darum die höchste
Zeit für jeden einzelnen, an diese Frage heranzutreten.
Die schriftlichen Arbeiten zur Aufnahme in den badi-
schen Staatsverband werden bereitwilligst an folgenden
Stellen borgenommen:
M. und Dittbald: A. Beile, August, Degenfeldstr. 8, III.
Metallarbeiter-Verbandsbureau, Marktgrafen-
straße. — B. Fiedler, Sternbergstraße 11.
Städt. Parteisekretariat, Marienstraße. Ar-
beitersekretariat, Ecke Wilhelm- und Luisenstraße.
Mittel- und Weststadt: Lang, Herrenstr. 60, Hds. III.
Büßner, Vorstr. 20, V.
Mühlburg: F. Höfer, Karl, Badstraße 58, III.

Zu Pfingsten!

Leichte Kleidung!

Herren-Anzüge, ein- und zweireihig, moderne Fassons u. Farben zu 22, 28, 32, 36, 45 Mk. Sport- und Touristen-Anzüge in den neuesten Ausführungen. Wasch-Leinen und Lüster-Kleidung. Einzelne Radfahrer- u. Touristen-Hosen.



Kaiserstrasse 115, Ecke Adlerstrasse. Mitglied des Rabattsparevereins

Von jetzt bis Pfingsten extra billige Preise.



Brennabor-Kinderwagen Sportwagen Klappwagen sind als bestes und feinstes Fabrikat weltbekannt.

Hauptvertrieb u. Vertretung für Brennabor-Kinderwagen seit 25 Jahren. 8040 Beste und billigste Bezugsquelle Grösste Auswahl.

Fr. Riffel Waldstr. 40a (Ludwigspl.) b. Postgebäude, gegenüb. Krokodil Mitglied des Rabattsparevereins. Reichillustrierte Preisliste gratis. Versand franko. Telefon 25284

Gesangverein Freiheit Durlach.

Pfingstsonntag, 26. Mai, findet unser Vereinsausflug nach Heilbronn bei jeder Witterung statt, wozu die werthen aktiven und passiven Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung freundlichst eingeladen werden.

NB. Pfingstmontag: Füstour von Heilbronn aus über den Rattberg nach der historischen Burg „Weibertru“, von da nach Heilbrunn mit längerem Aufenthalt. Rückfahrt abends von Heilbronn 7 Uhr 25 Minuten. Der Vorstand.

Prima Bratenfett per Pfd. 70 Pfg. empfiehlt Friedrich Dietrich Wursterei 28 Wilhelmstr. 28. Rabattmarken. 8088

Kofferhaus Geschwister Lämmle 51 Kronenstr. 51



Rucksäcke für Kinder u. Erwachsene in jeder Preislage. 7421

Gaggenau. Josef König Uhrmacher und Goldarbeiter. Grosses Lager in Herren- u. Damen-Uhren, sowie Schmucksachen aller Art. Nähmaschinen.

Arbeiterturnverein „Freiheit“ Oberkirch.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Mitglied

Georg Haut

im Alter von 18 Jahren an der Proletarierkrankheit gestorben ist. Die Beerdigung findet Freitag morgen 9 Uhr vom Krankenhause aus statt. Die Turlgenossen versammeln sich zur Beteiligung an dem Begräbnis Freitag morgen 8 Uhr im Vereinslokal und wird um starke Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Schuhwaren

Als besonders preiswert empfehle:

- Damen-Schnürstiefel Lackkappe, hochelegant 4.90 M. Braune Chevr.-Damen-Schnürstiefel, hochelegant 6.50 M. Damen-Spangenschuhe 7.25 M. Damen-Halbschuhe mit Lackkappe, elegante Form 5.50 M. Braune Chevr.-Damen-Halbschuhe, Lackkappe, hocheleg. 6.50 M.

- Wichsleder-Herren-Schnürstiefel 4.75 M. R.-Box.-Herren Schnürstiefel, moderne Form 6.50 M. Schulstiefel Nr. 31-35 3.90 M. Nr. 27-30 3.50 M. Braune Chevr.-Kinderstiefel Nr. 27-30 4.50 M. Nr. 31-35 4.90 M. Leder-Sandalen Nr. 27-30 1.50 M. Nr. 31-35 1.90 M.

Ausserdem noch viele Artikel, welche hier nicht angeführt sind, zu überraschend billigen Preisen. Denkbar grösste Auswahl von den einfachsten bis hochfeinsten Schuhwaren.

Schuhwarenhaus „Münzner“ Werderplatz 34. 8041

Geschäfts-Empfehlung.

Teile einer verehrlichen Arbeiterschaft von Raftatt und Umgeb. ergebenst mit, daß ich mit dem Zeitigen das

flaschenbier-Geschäft

von Frau M. Wolf, Industriestraße 18, übernommen habe.

Durch meine mehrjährige Erfahrungen im Brauerfach bin ich in der Lage, allen Anforderungen gerecht zu werden und empfehle ff. Moninger Bier hell und dunkel. Liefere jedes Quantum ab 5 Flaschen innerhalb Raftatt frei ins Haus.

Achtungsvoll

Albert Bach, Flaschenbierhandlung Raftatt, Industriestraße 18.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten vom 14. bis 20. Mai: Josef, B. Theodor Geisler, Fabrikarbeiter. Maria Antonia, B. August Bredt, Bierführer. Richard, B. Wilh. Kirchtetter, Monteur. Gustav Wilhelm, B. Friedr. Guck, Schriftföher. Anton Albert, B. Nat. Konanz, Bleicher. Wilh. Jakob, B. Friedr. Schuler, Fräger. Elisabeth Franziska, B. Franz Kaiser, Seiger. Ernst, B. Dionys Ulrich, Wirt. Gertrud Elise, B. Karl Schumacher, Schreiner. Walter, B. M. Speck, Antikattleur. Otto Oskar, B. Friedr. Ludwig, Schloffer.

Fahrradhaus „Frisch-auf“

Tel. 3196 Adlerstr. 8. Filiale Karlsruhe Adlerstr. 8 Tel. 3196

Eigentum des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidariät empfiehlt der gesamten Arbeiterschaft von Karlsruhe und Umgebung seine bestrenommierten Waren wie:

„Frisch-auf-Fahrräder“ 2 Jahre Garantie mit Patent-Kapselgetriebe D.R.-P. 100.596 garantiert ölhaltend und staubföher.

Nähmaschinen, Sprechmaschinen, Frisch-auf-Pneumatiks, Bekleidungsgegenstände.

Unsere sämtlichen Waren sind außer unserer Filiale Karlsruhe noch in folgenden Orten zu haben:

Raftatt: Otto Stier, zum „Anker“, Dierdorf: Andreas Fritz, Balg: Thomas Pfleger, Au a. Rh.: Karl Reif, Daglanden: Otto Dannenmeier, Liebsöheim: Albert Heil, Schwied, Ruckheim: Ludwig Reinacher, zur „Krone“, Forst: Rochus Eytorn, Bruchsal: Florian King, Durlacherstr. 13, Zentern: Paul Vaber, Stettfeld: Wilhelm Wehler, Gagfeld: Karl Kaupp II., Durlach: Ludwig Müller, Friedrichstr. 4, Grünwettersbach: Max Huber, Söllingen: Heinrich Erpenbed, Teutschneurent: Jakob Zimmermann, Wolfartsweier: Jakob Kobrer. 5287

Patent-Büro Villingen-Ob. Friedrichstr.18. Tel. 159.

Küchenherd, guterhaltener, eiserner, billig zu verkaufen, ebenso ist ein stöcherisch nebst einigen Stühlen billig abzugeben. Zu erst. vormittags, 8011 Gerbinsstr. 8, 3. l.

Hugo Landauer

Karlsruhe, Kaiserstrasse 145.

Strümpfe

- Damenstrümpfe** schwarz, leder und modifarbig, durchbrochen **50** ₰
- Damenstrümpfe** schwarz und leder, feiner Flor, mit dopp. Rand, Ferse u. Spitze **3 Pr. 2.10** 1 Pr. **75** ₰
- Damenstrümpfe** glatt Macco, ingroß. Farben - Sortiment **3 Paar 2.10** 1 Paar **75** ₰
- Eleg. Damenstrumpf** i. schwarz, leder und modifarbig, halb u. ganz durchbroch., dopp. Rand **85** ₰
- I^a Florstrumpf** nur schwarz, in schön. durchbroch. Dessins, dopp. Rand, dopp. Sohle, Fersen u. Spitzen **1.25**, **95** ₰
- Reinseid. Damenstrümpfe** dopp. Sohle, Fersen u. Spitze, in den mod. Farben **1.65**

- Herrensocken**
- Schweiß-Socken** **35, 30, 25** ₰
- Macco-Socken**, modifarben **45** ₰
- Macco-Socken**, gestrickt, ohne Fußnaht 1 Paar **55** ₰
- Herrensocken** feinfarb. gestreift und kariert, 2 Paar **95** ₰ 1 Paar **55** ₰
- Herrensocken** Mousseline-Florm. seid. Handstickerei u. Zwickel, **3 Paar 2.10**, 1 Paar **75** ₰
- Reinseidene Socken** mit mercer. Sohle 1 Paar **1.15**

Kinderstrümpfe					
Größe	1	2	3	4	5
glatt, weiß,	15	20	25	28	32
Größe 6	36	40	45	48	52
glatt, schwarz u. Leder	25	30	35	40	45
Größe 6	50	55	60	65	70
Kinder-Söckchen weiß u. modifarb. mit bunt. Rand	12	18	24	30	36
Größe 6	42	48	54	—	—
mit Wollrand, fest-sitzend	36	40	44	48	50
Größe 6	54	58	62	—	—

Handschuhe

- Lange Damenhandschuhe** ohne Finger, 40 und 50 cm lang, Paar **1.45, 95, 72, 65, 48, 38**, **18** ₰
- Lange Damenhandschuhe** ca. 40 cm lang, garantiert reine Seide, Paar **1.65, 1.35**, **95** ₰
- Lange Damenhandschuhe** mit Finger Paar **1.65, 1.45, 95**, **48** ₰
- Lange Damenhandschuhe** imit. Waschleder, naturgelb, 8 Knopf, 40 cm lang **75** ₰
- Lange Damenhandschuhe** 12 Knopf, 50 cm lang **98** ₰

1 Posten kurze Fingerhandschuhe durchbrochen Paar **25 u. 35** ₰

Allein-Verkauf für Karlsruhe

Westerland **68** ₰

Lady **90** ₰

elegantester Frühjahrshandschuh.

- Glacé-Handschuhe**
- Damen-Suèdes**, 3 Knopf **95** ₰
- Damen-Glacé** **1.75** **1.35**
- Mocha - Venezianer**, 2 Knopf, eleg. Farben **3.50**
- Herren-Glacé** **1.45**
- Herren-Nappa**, 1 und 2 Knopf **2.60**
- Ia Mocha-Stepper** **3.75**

Trikotagen-Abteilung

- 1 Posten Einsatzhemden
- wollgemischt, Macco imit., Ia Macco und poröse Qualitäten, mit den besten Percal-, Zephyr- und Piqué-Einsätzen
- 95** ₰ **1.45** **1.65** **2.45** **2.85**

- 1 Posten Maccowäsche
- Herren-Hosen** **95** ₰
- Herren-Hautjacken** **95** ₰
- Herren-Hemden** **95** ₰ **1.95** **2.75**

- 1 Posten gestrickter Herren-Maccohosen
- Ia Qualität, in jeder Größe zum Aussuchen **1.50**

Gesangverein Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg.

Sonntag, den 26. Mai (Pfingstsonntag), findet unser dies-jähriger

Sänger-Ausflug

statt. Abfahrt morgens 5.30 Uhr vom Hauptbahnhof nach Forbach von da zu Fuß nach Raunmünzach wo Picknik im Walde stattfindet, dann nach Eberobronn ins Schwarzenbachtal zum Naturfreundehaus, wo wieder Rast gemacht wird. Mundvorrat ist für den ganzen Tag mitzunehmen. Fahrpreis hin und zurück 2.20 Mk.

Hierzu laden wir unsere aktiven, sowie passiven Mitglieder zu vollzähliger Beteiligung freundlichst ein und bitten dringend um 5 Uhr am Hauptbahnhof (Hauptportal) zu sein, zwecks Ausgabe von Fahrkarten.

Der Vorstand.

Während der Pfingstwoche

extra billiger Verkauf

von neu eingetroffenen großen Sendungen

Kinder- u. Klappwagen

empfehle 8043

Güßliche Kinderwagen zu **12.50, 13.50, 14.-** bis **18.-**

Feine Kinderwagen zu **20.-, 22.-, 24.-** bis **28.-**

mit Gummi und Porzellangriff

Eleg. Naturrohr- u. Kastenwagen mit Gummi u. Porzellangriff zu **25.-, 27.-, 29.-** bis **50.-**

Klappwagen mit Gummi zu **7.-, 8.50, 9.-, 12.-** bis **30.-**

Nur erstklassige Fabrikate. Ständig. Auswahllager 200-300 Stück

Goldene Medaille



Diamant-Fahrräder

Die Diamant-Werke Gebr. Nevoigt A.-G. Reichenbrand-Chemnitz

Sind die einzige Fahrradfabrik, die vom Deutschen Radfahrerbund für die nachgewiesene hohe Zuverlässigkeit ihrer Räder, die goldene Bundesmedaille erhalten. Sie kam bei WIEN-BERLIN zur Verteilung

Vertreter: **Xaver Hottner, Fahrradhandlung, Karlsruhe-Grünwinkel.**

Arb.-Gesv. Gleichheit 1904



Gesangverein Gleichheit Karlsruhe.

Mitglieder, Freunde und Gönner mit ihren Familienangehörigen sind freundlichst eingeladen zu dem am **Pfingstmontag** stattfindenden **Ausflug** nach **Stutensee**

durch den Wildpark. Mundvorrat ist mitzunehmen. Abmarsch punkt **6 Uhr** vom Durlacher-Tor.

8090 **Der Vorstand.**

J. Heß, Kaiserstraße 123.

Beste Bezugsq. in Kinderwagen, Korbwaren, Rohr- u. Kindermöbel

Verband franko. **Rabattmarken.** **Katalog gratis.**

1 vollst. Bett, polierte Bettstelle **25** Mk., großer Ovaltisch **8** Mk., Nachtkästchen **3.50** Mk., kleiner Küchentisch m. Fach **3** Mk., Ludwig-Wilhelm-Eröße **18**, Hof, links. **8008**

Kinderliege- und Sitzwagen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Luitfenstr. **57**, part. **7989**

Stendstraße 4, 4. St., ist ein unmöbliertes separates Zimmer auf die Straße gehend für **10** Mark auf sofort oder später zu vermieten.

Zweizimmerwohnung schöne, mit Koch- und Leuchtgas wegen Bezug auf **1. Juli** zu verm. **Liebenstraße 3, 2. St. r.**

Schuhwaren

aller Art, in nur guten Qualitäten und allen Preislagen empfiehlst **6020**

Ludwig Betsche, Uhländstr. 35, Nähe Sofienstr.

Dr. 12

Abgabe täg. Abonnement 75 Pf. vierteljährlich 2.10 Mk., durch

Dr. Buchdruckerei

Unsere Nummern 12

Verta

Der Reichs-länger dau-26. Novemb-willigen Be-Regierung, Reichstag z-Zeitpunkt e- infolge der- genug, um- wirksames- tagung auf- Regiments.

Wenn de- tung hat, d- lauf des nu- sein. Denn- führt würd- afford und- für die Pro- fein Reichs- arme Herr- Schiebeman- daß die Be- würdigeres- der, in fei- seine Stillo- appellieren

Aber in- als den V- Sozialdem- wicklung g- Spitze steht- wird es he- auf die B- festen gro- Ausdruck a- Redebou- Abolitionis- und empiri- im Lager d- Arbeiterfö- bewußt, d- Zuständen- Reichstanz- klärt sich n- diese außer- mungen fe- dere weiß- Angriffen- strommel, d- blattprei- gläubiger- zu machen- ladht man- man ist!

Während- wird, fand- die Sozia- zu beschül- Tum erteil- liche Verle- so, aber d- rückweijun- fertig, so- kann.

Man r- sich gegen- Vertreter- sucht. We- in Kreuß- und mer- gegengefe- gnadentun- die an ei- Verfassung- daran als- Men der R-

Der R- manns üb- er hatte d- sogar aus- sich gegen-